22. Oktober 1933
ethel
uswahl.
0.50 1.00 1.65
1.10 1.35 1.50
1.75 1.95
4.75 6.75
1.00 2.50 2.75
1.50 1.65 1.95
4.75 6.75
drigsten Preisen!
Anstalt Bethel.
ge
ualitäten
lüpfer 1.70
2.75 1.90
lüpfer 95 ₰
ter
1.55 1.40
lüpfer 1.20
Mako
1.70 1.45
erkleider 1.75
u 2.65 2.45
erkleider 2.25
Futter
u 2.80 2.50
hen 48 ₰
85 65 55
esten
irz
traße 35

411 Städt. Bibliothek
S 839

Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 226. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 24. Oktober 1933. | 15. Jahrgang.

Des Menschen Gunst fällt wie ein Blatt,
Wohl dem, der Gott zum Freunde hat.

Ein bedeutungsvolles Vierteljahr für Spanien.

Die nächsten drei Monate werden Spanien vor schwerwiegende Entscheidungen stellen, die nur denen der revolutionären Epoche vom April 1931 verglichen werden können. Am 19. November finden die Neuwahlen statt, vierzehn Tage später die eventuell nötigen Stichwahlen, am 9. Dezember sollen die neuen Cortes zusammentreten, und dann, wenn nicht schon vorher, kommt, nach Meinung mancher Schwarzseher, — das große Debakel.

Auch ohne Schwirzseher zu sein, muß man eingestehen, daß die Entwicklungen der letzten Wochen in der Tat keine sehr soliden Perspektiven eröffnen. Hätten die bürgerlichen Linksgruppen nicht dem Konzentrationskabinett Lerroux den berüchtigten „Dolchstoß von hinten" versetzt, und es, trotzdem sie vorher ihre Vertrauensmänner in das Kabinett entsandten, schon in der zweiten Sitzung gestürzt, wäre mit einem leidlichen Einvernehmen für das Interregnung zu rechnen gewesen. So ist die gegenseitige Erbitterung denkbar groß und könnte sich — wie so häufig in Spanien — zerstörerisch entladen, zumal die Verlegenheitsregierung Martinez Barrios denkbar schwach und heterogen ist. Wie könnte es auch anders sein, nachdem sich die einzelnen in diesem Kabinett vertretenen Parteien noch vor 14 Tagen als Caballeros dezent angekläfft hatten. „Ich bin ein Mann von Herz," *hatte der* alte Lerroux dreimal mit Pathos betont, „aber Sie Azana, Sie haben kein Herz, (wie man sieht, ist die große Geste mit der Hand auf die Brust hier noch durchaus nicht passé), ich bin ein Löwe und Sie sind eine Schlange . . ." Nun liegen sie wieder friedlich lauernd beieinander. Es blieb einfach keine andere Lösung übrig. Die Rechte wird sich hüten, sich noch vor den Neuwahlen zu engagieren. Die Sozialdemokraten, die ihren Freund Azana zu dem etwas zweifelhaften Manöver gegen Lerroux überredeten, zogen es auch vor, in der Opposition zu bleiben, um sich dort (nach 2½ Jahren Koalition!) als die prinzipientreuen Unversöhnlichen für die Wahl stark zu machen, — so daß tatsächlich eine paradoxe Zwangsehe zwischen Löwe und Schlange erforderlich wurde Martinez Barrios, ein alter Parteigänger Lerroux', Innenminister im verunglückten Kabinett seines Parteichefs, hat nun das zweifelhafte Vergnügen, die Wahlen zu präsidieren. Nehmen wir an, daß es ihm und seinem bisher unerprobten Innenminister gelingt, mit den leichteren und schwereren Unruhen fertig zu werden, die hier ja immer an der Tagesordnung sind und gegen Ende der Wahlzeit an Intensität gewinnen dürften. Die Erschießung eines Faschisten in Bilbao durch Sozialdemokraten, Verletzung eines anderen (trotzdem dieser von Polizisten beschützt wurde!), Unruhen in Ciudad Real, Katalonien usw. sind eine sanfte Blütenlese der letzten Tage. Die Erregung ist groß, man weiß, was auf dem Spiel steht. Die Rechte marschiert ziemlich geschlossen in den Wahlkampf, die einzelnen Gruppen dürften Wahlbündnisse miteinander eingehen. Ihr Hauptkandidat und Standartenträger ist General Sanjurjo, der Führer der Militärrevolte vom August 1932, zum Tode verurteilt und begnadigt, jetzt — mit ganz gemeinen Schwerverbrechern — im Zuchthaus. Natürlich ist diese Kandidatur für die Linken das rote Tuch. Sie werden sicher versuchen, einen Teil der konservativen Wählerschaft in der Ausübung des Wahlrechtes zu hindern, unter den Druck der Straße zu stellen. Die Rechtsparteien sind daher im Begriff, eine Schutztruppe aufzubauen. Links von den karlistischen Traditionalisten (die für die Linie, die vom Bruder Ferdinands VII. ihre Rechte ableitet, eintreten), der alfonsistischen Accion Popular und den Agrariern stehen die Konservativen Republikaner Miguel Maras. Sie dürften sich kaum generell dem Rechtsblock anschließen. Allein dürfte auch die Radikale Partei unter Alejandro Lerroux kämpfen. Und auch die linken Republikaner, die — wie die Radikalsozialistische Partei — noch in letzter Minute in mehrere Splittergruppen zerfielen, können kaum den Weg zuenander finden. Im ganzen stellen sich 17 nationalspanische Parteien zur Wahl.

So schiene also in der Tat ein hundertprozentiger Umschwung gar nicht ausgeschlossen, denn einer verhältnismäßig gefestigten Rechten tritt eine in sich zerfaserte Linke entgegen. Außerdem werden zum erstenmal die durchaus klerikal beeinflußten Frauen wählen. Gegen zu weit gehende Hoffnungen der Rechten sprechen indessen einige gewichtige Tatsachen. Zunächst, daß dieses teilweise kulturell wenig erschlossene Volk radikalen Einflüsterungen in sozialen Spannungszonen (Katalonien, Andalusien usw.) sehr stark ausgesetzt ist. Die Land- und Industriearbeiter, soweit sie sich nicht als Anarchisten der Stimme enthalten, wählen marxistisch. Man kann also mit einem Rückgang, aber kaum mit einer Katastrophe der extremen Linken rechnen. Als unbedingte Stärkung der republikanischen Front sind auch die neben den nationalspanischen Parteien auftretenden regionalistischen Gruppen aufzufassen. Die Katalanen (⅓ Spanien) sind auf jeden Fall antizentralistisch und antimonarchisch, ob sie sich nun zur liberalen Esquerra oder zur konservativen Lliga bekennen. Die Erhaltung und der Ausbau der Autonomie ist ihr Hauptziel. Auch die galicische Orga (Galicien, nördlich Portugal, wo man einen portugiesischen Dialekt spricht, erstrebt bekanntlich auch ein Autonomiestatut) steht entschieden auf dem Boden der Republik.

So scheinen die Recht zu behalten, die zwar einen tüchtigen Rechtsruck, aber nicht eine Gefährdung des Systems als solchen voraussehen. Jeder (legale oder illegale) Versuch auf Aenderung der Staatsform wäre auch — das sei hinzugefügt — gleichbedeutend mit Bürgerkrieg im Innern und Loslösung Kataloniens. — Ein tüchtiger Rechtsruck. Es fragt sich nur, wie tüchtig. Wählt das Land ein Parlament, in dem eine einheitliche Willensbildung unmöglich ist, in dem weder eine um Azana noch um Lerroux noch um Maura gruppierte Kombination lebensfähig ist, dann gleitet Spanien in jenen labilen Zustand der Minderheitsregierungen, der früher oder später einer linken oder rechten Diktatur Platz machen muß, hier wie anderswo, und hier mehr als anderswo, denn Labilität ist das, was dieses ewig aufgeregte Land am wenigsten vertragen kann. Militärrevolten u. Rechtsputsche wurden ja schon wiederholt in diesen zweieinhalb Jahren Republik versucht, wengleich meistens schon im Vorstadium verraten und vereitelt. Daß auch ein linksradikaler Umschwung nicht ganz ausgeschlossen ist, bewies der letzte große syndikalistische Aufstand, der technisch außerordentlich gut organisiert war. Neben den Anarchisten spielen in letzter Zeit auch die „legalen" Sozialdemokraten mit dem außerparlamentarischen Vorstoß, wohl unter dem Eindruck der deutschen Entwicklungen und über ihre Ausschiffung empört. Es sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß immer wieder Beziehungen von Linksradikalen zur Wehrmacht festgestellt werden. Erst dieser Tage konnte „El Liberal" von einer neuen Verhaftung mehrerer Soldaten in Barcelona berichten. Unterdessen wiegt sich Herr Marcelino Domingo, Chef eines der drei radikalsozialistischen Parteireste und ehemaliger Landwirtschaftsminister der verunglückten Agrarreform, in der frohen Gewißheit, daß die Republikaner einen Riesensieg erringen werden. So war es nämlich auch in Frankreich 1876 als Reaktion auf die Unterdrückung des „freien Geistes". Wenn man diese verdrehte Analogie liest, möchte man dem Schreiber, einem Politiker und Schriftsteller von Rang, zurufen: „Aber Don Marzelino, hier haben Sie doch regiert, und Ihr Freund Azana hat 5000 ins Gefängnis geworfen, von denen nur 137 gerichtlich verfolgt wurden. Und die Deportationen nach Afrika. Und die monatelangen Pressеverbote. Und die Einziehung „monarchistischer" Güter. Tatsächlich, der Vergleich paßt ausgezeichnet, man muß ihn nur umdrehen. Aus der großen Mehrheit Gambettas wird dann eine Mehrheit für . . . Sanjurjo. Wollten Sie das prophezeihen?"

Friede und Arbeit

Dr. Goebbels über Deutschlands Kampf

Die mehr als zweistündige Rede, mit der Reichsminister Dr. Goebbels im Berliner Sportpalast den Wahlkampf eröffnete, gehört in Inhalt und Form zu den besten, die der als überragender Redner bekannte Eroberer Berlins gehalten hat. Und noch eins: Noch nie hat bisher eine solche Massenversammlung mit solcher Andacht, aber auch solchem Bemühen um Verständnis außenpolitische Dinge verfolgt. Diese Erziehung zu kritischem Denken auch in Fragen, die man bisher den Berufspolitikern überließ, ist nicht das geringste Verdienst des Nationalsozialismus! Immer wieder umbrauste den Redner der Jubel und der Zustimmungssturm der Massen. Im einzelnen führte Dr. Goebbels aus:

Die politische Entwicklung, die ich in meiner letzten Sportpalastrede kurz vor meiner Abreise nach Genf voraussagte, ist nun Wirklichkeit geworden. Deutschland hat sowohl den Völkerbund als auch die Abrüstungskonferenz verlassen. (Beifall.)

Hitler ist acht Monate an der Macht. Am 30. Januar hat sich in Deutschland der historische Umbruch vollzogen. Es handelte sich nicht um einen Kabinetts- sondern um einen Systemwechsel. Es war deshalb selbstverständlich, daß die neuen Männer mit neuen Ideen und mit einem neuen Programm kamen. Wir wollten die Macht, um ein Programm zu verwirklichen. Wir gehörten nicht zu denen, die vor der Wahl ein Programm proklamieren, um es dann nach der Wahl zu verraten.

Wir sind auch in den Monaten, seit wir die Macht besitzen, unserem eigenen Programm treu geblieben. Es standen uns eine Reihe von Widerständen innen-, wirtschafts-, sozial- und kulturpolitischer Art entgegen. Diese Widerstände mußten gebrochen werden, damit die Bahn frei wurde für die Inangriffnahme der großen Probleme, die uns zur Lösung aufgegeben worden waren. Daß es dabei manchmal auch zu Erscheinungen kam, die nicht allzu erfreulich waren, das lag in der Natur der Sache. Es wäre falsch, nur die kleinen Kinderkrankheiten dieses Wirkens zu sehen, ohne dabei berücksichtigen zu wollen, daß es sich um die

Geburt eines neuen Reiches

handelte. Viel größer aber als diese nebensächlichen Erscheinungen ist das Werden des neuen Reiches, das durch uns Wirlichkeit geworden ist.

Unsere erste Aufgabe bestand darin, das Volk vom Abgrund des Bolschewismus zurückzureißen, und es ist in der Tat so, daß im Augenblick unserer Machtübernahme das Schicksal unseres Reiches überhaupt nur noch an einem seidenen Faden hing. Wir sind vielleicht viel zu spät, aber keinen Tag zu früh an die Macht gekommen. Wir sind der Ueberzeugung, daß die Nachwelt gerechter über uns urteilen und einmal feststellen wird, daß wir es waren, die Deutschland und damit Europa vor dem Bolschewismus bewahrten. Denn es ist naiv, zu glauben, daß das europäische Herz vom Bolschewismus ergriffen sein könnte, ohne daß die anderen Länder davon in Mitleidenschaft gezogen würden. Wenn Deutschland ihm verfallen wäre, hätte er gewiß nicht bei Aachen Halt gemacht, sondern er hätte ohne Zweifel das ganze westliche Europa in seinen Strudel mit hineingezogen. Wir glauben deshalb, uns nicht nur um unser eigenes Land sondern um die gesamte abendländische Kultur ein historisches Verdienst erworben zu haben.

Man hat der nationalsozialistischen Bewegung vielfach vorgeworfen, sie verstünde nur Feste zu feiern. Die Menschen, die das tun, verkennen vollkommen den

Sinn unserer Zeit und die Idee, die hinter den Festen steht.

Niemals hätten wir den deutschen Arbeiterstand in die Nation einbauen können, wenn nicht am 1. Mai sich die ganze Nation feierlich zu ihm bekannt hätte. Niemals wäre die nationale Ehre unseres Volkes wieder für jedermann in Deutschland so zur Selbstverständlichkeit geworden, wenn sie nicht in Potsdam feierlich proklamiert worden wäre. Niemals hätte der Städter ein so lebendiges Verständnis für die Not und für die schicksalhafte Aufgabe des Bauerntums gewinnen können, wären Städter und Bauer nicht am 1. Oktober einmal durch die Regierung zusammengeführt worden.

Aber das waren ja nicht die einzigen Leistungen unserer Regierungstätigkeit. Das waren nur die hervorstechenden Merkmale unseres Wiederaufbaues. Um sie in ihrem Ausmaß gerecht würdigen zu können, muß man sich vorstellen, wie das Land aussah, als wir die Macht übernahmen. Es gab in Deutschland gar keine Autorität mehr. Hinter dem parlamentarisch-liberalen Betriebe stand als drohendes Gespenst der Bolschewismus.

Es mußte ein Mann kommen mit einer kleinen Gruppe von Getreuen, auf die er sich absolut verlassen konnte, und diese kleine Gruppe mußte nun die ganze Macht in die Hand nehmen und dann aus eigener Verantwortung handeln. Das haben wir getan, und das verantworten wir auch. Wir sind entschlossen, den Weg zu gehen, den wir für richtig erkannt haben, auch wenn die Mitwelt uns nicht versteht.

Das Aufbauwerk

Hätte man heute vor zwölf Monaten behauptet, in einem Jahre würde es in Deutschland keine Parteien mehr geben, dann hätte man nur ein mitleidiges Lächeln als Antwort erwarten können. Hätte man gesagt: In einem Jahre ist die innere Sicherheit wiederhergestellt, es wird keinen Kommunismus mehr geben, die roten Blätter werden vernichtet sein, es wird in Deutschland wieder eine anständige öffentliche Meinung existieren, es werden über zwei Millionen Menschen an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt sein und die übrigbleibenden Millionen werden durch ein grandioses Winterhilfswerk über Wasser gehalten, das deutsche Volk hätte es damals gar nicht verstehen können!

Es war deshalb auch nötig, daß die für den Bestand des Reiches so gefährliche Kleinstaaterei in Deutschland überwunden wurde. Denn das schwächte unsere Kräfte nach außen.

Wir haben die Parteien zu Paaren getrieben und haben die Kleinstaaterei überwunden.

Man hat uns vielfach zum Vorwurf gemacht, daß wir die Partei nach der Uebernahme der Macht geschlossen haben. Das war unumgänglich notwendig. Wir verwehren niemand seine Sympathie, seine Anhänglichkeit und seine Gefolgschaftstreue zu unserem Aufbauwerk; aber die Geschichte lehrt, daß große und starke Staaten immer nur von Minderheiten verantwortlich getragen werden, und daß nur eine im Kampf zusammengeschlossene Minderheit auch die Kraft aufbringen wird, immer und immer wieder entstehende Krisen und Gefährdungen eines Aufbauwerkes zu überwinden.

Diese Kraft haben wir aufgebracht. Wir haben mit der Intensität unserer Idee allmählich alles Denken und alles Fühlen in Deutschland magnetisch an uns herangezogen. Wir haben alle falschen Anschauungen überwunden, wir haben feindliche Weltanschauungsgebäude zertrümmert und haben dem Volk die Einheit des Denkens und damit auch die Einheit des Handelns zurückgegeben. Wenn heute die Regierung spricht, dann spricht die deutsche Nation. (Lebhafter Beifall.)

Unser Wiederaufbau ist ein Generalplan, der sich auf alle Gebiete des öffentlichen Lebens erstreckt. Deshalb gingen wir daran, das so vollkommen darniederliegende geistige und künstlerische Leben in Deutschland wieder auf einen neuen Boden zu stellen. Wir haben alle schaffenden Menschen in Deutschland zusammengeschlossen und haben sie dem Staate verpflichtet. Wir haben die sogenannte öffentliche Meinung auf das Maß zurückgeführt, das sie einhalten muß, wenn sie den Staat nicht gefährden will.

Zentralproblem: Arbeitsbeschaffung

Das eigentliche Werk ist die Lösung eines anderen Problems, nämlich das Problem der Arbeitslosigkeit. Das ist überhaupt das Zentralproblem. Wir haben auch dem Volke niemals Illusionen gemacht. Wir haben von vornherein gesagt, daß wir mindestens vier Jahre brauchen würden.

Nun sind acht Monate vergangen und bereits über ein Drittel unserer Arbeitslosen sind wieder an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt.

Nicht von selbst und nicht ohne unser Zutun. Nein, keineswegs! Wir haben uns manchen Tag und manche Nacht den Kopf darüber zergrübelt, wie wir diesem Gespenst der drohenden Not zu Leibe rücken können.

Wir haben Pläne entworfen, haben dafür Geld eingesetzt, haben Kredite gegeben, haben den Bau von Reichsautobahnen eröffnet und Hunderte, Tausende, Hunderttausende in Brot gebracht, immer nur in dem Bestreben, diese stillstehende und fast verrostete Maschine der deutschen Produktion allmählich doch wieder in Gang zu setzen. Wir können nur hoffen, daß das Volk für unsere Arbeit Verständnis aufbringt, und wir können nichts unversucht lassen, um dieses Verständnis im Volke immer und immer wieder zu wecken.

Wenn früher ein schwerer Winter drohte, dann tat die Regierung nichts anderes, als diesen Winter zu prophezeien. (Heiterkeit.) Ist es nicht vielmehr Aufgabe einer Regierung, gegen die Schwere eines Winters beizeiten Maßnahmen zu treffen?

Wir haben eine Summe von 500 Millionen Mark seitens der Regierung eingesetzt. Diese 500 Millionen ziehen etwa 2000 Millionen wieder aus dem Volke nach sich, und mit diesen 2500 Millionen werden wir die Arbeitslosenziffer in diesen Monaten mindestens halten. (Beifall.) Bei beginnendem Frühling werden wir dann die Attacke gegen diese Zeitkrankheit neu eröffnen.

Darüber hinaus sehen wir die übrigbleibenden vier Millionen Arbeitslosen vorläufig als die Opfer dieser Zeit an, ohne indes gewissenlos genug zu sein, sie ihrem eigenen Schicksal zu überlassen. Das liebste wäre uns, wenn wir ihnen Arbeit geben könnten. Das können wir aber vorläufig noch nicht; wir haben alle Wege und alle Möglichkeiten überprüft. Es ist im Augenblick unmöglich, trotzdem geben wir ihnen so viel, daß sie das Bewußtsein haben dürfen, dieser Staat läßt uns nicht im Stich. (Beifall.)

Appell an die Welt

Die Welt, die uns umgibt, ist anders eingerichtet als das neue Deutsche Reich. Das neue Deutschland ist ein autoritärer Staat, und die uns umgebenden Staaten sind liberal und demokratisch.

Hätten die uns vorangegangenen Regierungen die Welt nicht so schamlos über uns und unser Wollen belogen, dann hätte der Schaden nicht so schlimm einreißen können.

Aber das ist nun einmal so, und dagegen müssen wir uns irgendwie geistig zur Wehr setzen. Nicht, indem wir uns den anderen anzugleichen versuchen, erringen wir die Sympathie der fremden Länder, sondern je stärker wir uns in uns selbst verwurzeln, um so geschlossener werden wir der Welt gegenüber auftreten können, und um so eher wird dann auch das Verständnis der Welt für uns wach werden.

Wir wollen damit die Welt geistig gar nicht bedrohen, ganz zu schweigen von einer militärischen Bedrohung, von der natürlich gar nicht die Rede sein kann. Wir haben gar nicht die Absicht, die Welt nationalsozialistisch zu machen. Uns genügt es, wenn Deutschland nationalsozialistisch ist. (Beifall.)

Weil wir neu sind, sind wir unbequem, und weil wir unbequem sind, stellen wir eine Bedrohung der Bequemlichkeitsapostel dar. (Beifall.) Wir haben der Welt nichts Böses getan. Wir hatten nur die Absicht, im Inneren zu arbeiten und Deutschland eine neue Lebensbasis zu geben.

Gleichberechtigung!

Allerdings haben wir dabei von vornherein keinen Zweifel gelassen, daß wir es nicht mehr dulden würden, daß man uns diskriminiert. (Beifall.) Man darf uns nicht als zweitklassig behandeln. Tut man es doch, so haben wir zwar keine Macht, uns dagegen zu wehren, aber man soll nicht glauben, daß wir uns an einen Tisch setzen, an dem wir nur geduldet sind. Wir gehen dann! (Stürmischer Beifall.)

Die Welt soll doch nicht sagen, daß sie das nicht gewußt hätte. Sie hätte das aus unserer politischen Vergangenheit wissen müssen. Wir haben das auch im innerpolitischen Kampfe nie getan. Auch nach dem 14. September 1930, als wir 107 Mandate besaßen, hat man uns angeboten, als Geduldete in die Regierung zu kommen. Wir haben das abgelehnt.

Abrechnung mit den Hetzern

Wie unfair ist es nun aber von der Welt, aus den Legenden- und Greuelmeldungen auf unseren wahren Zustand schließen zu wollen. Die Emigranten behaupten, wir herrschten nur durch Gewalt und Terror. Sind wir nicht so legal wie überhaupt möglich an die Macht gekommen? Wir hatten doch nach dem 30. Januar die Möglichkeit, zu erklären, daß nie wieder gewählt würde. Wir haben es nicht getan. Wenn man immer sagt: Ja, ihr sperrt eure politischen Gegner in die Konzentrationslager, dann frage man sich, was wohl unsere politischen Gegner mit uns getan hätten, wenn sie zur Macht gekommen wären? (Sehr richtig! Beifall.) Wenn einer von uns so den kommunistischen Staat bedroht hätte, wie heute die im Reichstagsbrandstifterprozeß vor den Richtern stehenden Angeklagten den nationalsozialistischen Staat bedroht haben, würde man mit unseren Angeklagten so viel Federlesens gemacht haben, als leider heute mit diesen Angeklagten gemacht werden muß? (Stürmischer Beifall.)

Nein, man kann schon sagen: Wir sind von einer Objektivität, die manchmal schon unverständlich wirkt. Wenn heute ein internationaler Bolschewist den deutschen Reichstag in Brand steckt, einer, der eigentlich verdiente, daß er innerhalb 24 Stunden an der Stätte, die er in Brand gesteckt hat, aufgeknüpft würde (stürmischer Beifall), wenn er heute vor den Richtern steht und wie ein armes Opfer aussieht, so kann man nur sagen, unsere Geduld ist wirklich bewundernswert.

Und wie haben unsere Gegner das gelohnt? Erkennen sie das an? Im Gegenteil, sie behaupten, wir hätten den Reichstag in Brand gesteckt. Sie haben ein Phantasiegemälde entworfen, so grotesk und so überspannt, daß wirklich nur ein Böswilliger sich den Anschein geben kann, er glaube das. Nun stelle man sich das Umgekehrte vor. Angenommen, in England würde das Parlamentsgebäude von einem ausländischen Kommunisten in Brand gesteckt. Die ausländischen Kommunisten würden vor einen englischen Gerichtshof zitiert, und in Deutschland würde steif und fest behauptet, daß nicht dieser Kommunist das Parlamentsgebäude angesteckt habe, sondern ein englischer Minister. Ich möchte einmal hören, was man dazu in England wohl mit Recht sagen würde.

Daß ein Frieden Opfer kostet, das wissen wir, aber wir sind der Meinung, er kostet weniger Opfer als ein Krieg. (Großer Beifall.)

Bereitschaft zur Verständigung

Wir haben die Befürchtungen, die man an unsere Machtübernahme glaubte knüpfen zu müssen, nicht erfüllt. Das hat auch seine tieferen Ursachen, denn wir sind keine Hurra-Patrioten. Unser Volk sieht vielmehr in einem Kriege niemals eine Wonne, niemals ein Glück, sondern eine bittere und furchtbare Notwendigkeit. Diesem Empfinden muß und wird auch die Regierung in ihrem Handeln und Auftreten Ausdruck geben.

Wir sagen: Wenn es, auch unter schweren Opfern, möglich wäre, mit Frankreich eine Verständigung zu finden, und zwar eine Verständigung, die uns unsere Ehre läßt und einen wirklich dauerhaften Frieden ohne jeden Hintergedanken garantierte, dann würden wir uns um Millionen Menschen in Deutschland und Frankreich ein ungeheures Verdienst erwerben. (Beifall.)

Vor allem sind wir der Meinung, daß das große Vertrauenskapital, das unser Volk uns entgegenbringt, auch in dieser Beziehung nicht ungenutzt gelassen bleiben kann. Wenn der Führer über den Rundfunk eine große Geste nach Frankreich macht und Frankreich die Versöhnungshand bietet, dann braucht er nicht zu fürchten, deshalb am übernächsten Tage im Reichstag gestürzt zu werden. Wenn wir uns von den lauten Hurra-Patrioten diesseits und jenseits unterscheiden, so brauchen wir uns dieser Unterscheidung nicht zu schämen, denn wir halten es nicht für ehrenvoll, die Völker gegeneinander zu hetzen.

Wir halten es vielmehr für ehrenvoll, daß die Staatsmänner ihre Aufgabe darin sehen, den Völkern Werke des Friedens zu geben.

Nun wird mir immer entgegengehalten, das sei schwer, das sei unmöglich, das gehe nicht. Daß es schwer ist, weiß ich. Daß es unmöglich ist, bezweifle ich. Wenn wir nichts unversucht lassen, wenn wir allmählich diese Bereitschaft, wenigstens einmal uns über diese Dinge auszusprechen, auch auf der Gegenseite finden, dann wird sich auch ein Weg finden lassen.

Ueber alle materiellen Fragen kann man sich unterhalten, aber nicht über die Frage der Ehre, da sind wir unerbittlich! (Stürmischer Beifall.)

Wir haben abgerüstet

und zwar in einem solchen Maße, daß uns nicht einmal die Verteidigung möglich ist. Wir haben bis zum letzten I-Punkt unsere Verpflichtungen eingehalten. Der Vertrag von Versailles sprach in allem gegen uns, nur in einem Punkte gab er uns eine Chance, nämlich in dem Punkte, daß die deutsche Abrüstung nur die Vorstufe zur allgemeinen Weltabrüstung sein soll.

Musikalischer Abend im Assapheum.

Auftakt zu den musikalischen Veranstaltungen dieses Winters in Bethel bildete am Mittwoch ein musikalischer Abend unseres Organisten Herrn J. P. Seiler. Dieser Abend hatte eine besondere Bedeutung: Er stellte sich mit seinem finanziellen Ertrage in den Dienst der NS-Volkswohlfahrt und brachte in seiner Vortragsfolge neueste Kompositionen unseres heimischen Organisten zu Gehör, vornehmlich Lieder und Klavierwerke. Nicht nur eine stattliche Bethelgemeinde, sondern auch zahlreiche Bielefelder waren dazu im Assapheum erschienen.

Wer nur gewohnt ist, Herrn Seiler als stilgerechten Interpreten Bachscher Werke an der Orgel zu schätzen, wird aufgehorcht haben, in seinen Kompositionen eine Fülle romantischer Anklänge zu finden. Gleich die erste Sonate in F-Dur für Klavier gab davon Zeugnis. Ohne im Ausdruck sentimental zu werden, entwickelt der Komponist eine farbenprächtige Klangwelt mit besonderer Vorliebe für Moll-Modulationen, zeigt ansprechende Themen auf und führt sie geschickt weiter. (2. Adagio-Satz mit Variationen). Daß ihm Humor nicht fremd ist, spürt man aus dem spritzigen Scherzo. Wie sehr jedoch J. P. Seilers kompositorische Begabung im Klassischen fußt, bezeugen neben dem Rondo des Sonatensatzes vor allem die Inventionen, die in ihren knappen Formen, ihren lebendigen stimmlichen Bewegungen von starken spannenden Kräften getragen sind. Die „Variationen auf ein altes Volkslied" ließen erneut den Eindruck gewinnen, daß die Stärke des instrumentalen Schaffens in der Ausdeutung und Fortführung der Themen liegen dürfte.

Die ganze Zartheit seines Empfindungslebens offenbarte der Komponist in den dargebotenen Liedern, deren Stoffe aus dem Gebiet der Lyrik entnommen sind. Sie bewegten sich im großen und ganzen auf gleicher Linie und bewahrten eine gute Einheitlichkeit des Programmes. Den stärksten Eindruck hinterließen wohl: „Du bist vornehm" (M. Dauthendey), „Dulde, gedulde dich fein" (Paul Heyse) und „Nächtliche Stille" (Fr. Hebbel).

Frau Elisabeth Schroiff-Bielefeld mit ihrem weichen, biegsamen Sopran gelang es vortrefflich, die von dem Komponisten empfundene Stimmungswelt zum Ausdruck zu bringen. Die Liedbegleitung hatte Herr Seiler selbst übernommen.

In Fräulein Adele Hellmann-Bielefeld lernten wir eine Pianistin von großem Können und überraschender Sicherheit kennen. Sie erschöpfte den Stimmungsgehalt der Seilerschen Klavierwerke voll und ganz und brachte sie dank ihrer ausgezeichneten Vortragstechnik zu plastischer Wirkung. Herr Dr. Dickel-Bethel u. Herr cand. phil. Harald Seiler hatten sich ebenfalls in den Dienst des Abends gestellt und gaben eine Fuge in G-Moll für Violine und Cello ansprechend wieder.

Komponist und ausführende Künstler wurden mit Beifall und Blumen reich bedacht. Dieser erste Abend der NS-Volkswohlfahrt kann als wohlgelungen bezeichnet werden, und man muß Herrn J. P. Seiler und allen Mitwirkenden für alle Mühe und Opferwilligkeit danken.

Es ist erfreulich, daß demnächst auch weitere Kreise mit größeren Chorwerken des Komponisten bekannt gemacht werden, nachdem die Reformationskantate und die Kantate „Selig sind die Barmherzigen" vom Rundfunk angenommen sind. Wir wünschen unserem Organisten und Komponisten weiter ein frohes, glückliches Schaffen!

Die Hauskapelle auf dem Hasliberg.

Eine musikalische Plauderei,
die mit einer Verlobung endet.

Von W. Trittelvitz.

1. Die Einladung.

„Ueberlege es Dir, ob Du nicht im nächsten August mit Deiner Hauskapelle für drei Wochen zu uns kommen kannst. Gratis, non frustra *). Wir laden jeden Sommer gern auch die Musen zu Gast und freuen uns schon auf Euer Kommen."

So stand es auf einer Postkarte zu lesen, die am 19. Dezember 1932 — also dicht vor Weihnachten — bei einem Familienvater in Bethel bei Bielefeld einlief. Was sie brachte, war unzweideutig eine Einladung. Und doch schüttelte der Familienvater noch zweifelnd sein greises Haupt. Wer war der Schreiber der Postkarte? Das war Pfarrer Dr. Rudolf Burckhardt, der auf dem Hasliberge in der Schweiz ein evangelisches Erholungsheim leitet. Seit über vierzig Jahren war er ein guter Freund. In Bethel hatte er einst wie so mancher andere junge Theologe, die „blaue Schürze" getragen und von Vater Bodelschwingh Gutes für Herz und Leben empfangen. Weil er das nicht vergessen kann, darum hat er schon öfter einem, der aus Bethel kam, Liebe erwiesen. Aber hat sich der liebe Freund wohl überlegt, was er tut, wenn er einen Vater mit seinen vier Kindern einladet?

Als Hauskapelle wurde die Familie eingeladen. Sie sollte also auch einen Dienst leisten, und zwar einen musikalischen. Pfarrer Burckhardt hatte davon gehört, in wie manchem Krankenhause von Bethel die Hauskapelle schon aufgespielt und nicht nur sich selbst, sondern auch den Zuhörern Freude damit gemacht hatte. Warum sollte sie nun nicht einmal einer Schar von Gästen, die in den Bergen Erholung sucht, die Regentage erheitern

Vor sechs Jahren war der Vater schon einmal mit seiner ältesten Tochter auf dem Hasliberg gewesen. Darum wußten sie, wie schön es dort ist. Als er ihr von der Einladung erzählte, stieß sie einen Freudenschrei aus und tat einen Freudensprung. Auch die anderen Kinder waren, sobald sie etwas davon hörten, mit Begeisterung dafür. Und die Mutter? Die dachte natürlich sofort an das Geld. Aber alle Bedenken verschwanden vor der Tatsache, daß wir doch eingeladen waren. Die Ferienkarten mußten natürlich bezahlt werden. Aber lohnte es sich nicht, ein Opfer zu bringen, wenn es galt, einen großen Gedanken in die Tat umzusetzen. Schon seit Jahren schwebte er leuchtend am Himmel der Hoffnung: wenn wir doch einmal in unserem Leben eine Familienreise machen könnten, auf der Vater und Mutter und alle Kinder gemeinsam etwas von der Herrlichkeit der Schöpfung schauen dürfen! Und nun winkte ihnen in einer Zeit, wo die meisten Menschen zu Hause bleiben mußten, weil sie kein Geld haben, eine Familienreise auf den Hasliberg! Darum setzte sich der Vater hin und schrieb an Freund Burckhardt: „Wir kommen, und unsere Mutter bringen wir auch mit."

Fortsetzung folgt.

*) Umsonst — doch nicht vergeblich.

Wie verträgt es sich nun mit der Fairneß, von der die anderen immer so gern sprechen, wenn sie von uns alles verlangen, was gegen uns spricht, und uns verweigern, was einmal ausnahmsweise für uns spricht?

Als Adolf Hitler im vergangenen Mai im Deutschen Reichstag erklärte, daß wir, wenn man uns unsere Ehre nähme und uns die Gleichberechtigung verweigere, früher oder später die Konferenzen verlassen würden, da mußte sich die Welt darüber klar sein, daß das nicht eine leere Phrase war, sondern daß hinter Hitler ein geschlossener politischer Widerstand des ganzen deutschen Volkes stand.

Wenn man uns heute nun entgegenhält, wir würden mit unserer SA. einen neuen Krieg vorbereiten, dann kann man eine solche Behauptung nur als kindisch und lächerlich bezeichnen. Moderne Kriege werden mit modernen, technischen Waffen geführt, aber nicht mit einer Truppe, die zur Niederringung des Kommunismus marschiert. Ist in einer Proklamation der Partei oder der Regierung jemals von Revanche gesprochen worden? (Nein, nein!) Es ist immer nur von dem heiligen Ernst gesprochen worden, der uns erfüllt, von dem Willen zur Arbeit, der uns beseelt und von den großen Problemen, die wir lösen müssen.

Es wäre heute für die Gegenseite bequemer, wenn man in Genf ein Abrüstungsabkommen abschließen würde, das nur gegen uns spricht, um dann in einem Jahre wieder von neuem anzufangen. Das war ja die Methode der vergangenen 14 Jahre. Jedes Jahr wurde ein neuer Vertrag abgeschlossen, und immer wieder wurde dieser Vertrag mit Vorbehalten angenommen, und im nächsten Jahre wurde gesagt, daß wir ihn nicht erfüllen könnten.

Nein, dazu sind wir zu stolz. Wir unterschreiben nur das, wovon wir auch überzeugt sind, daß wir es erfüllen können. (Nicht endenwollender Beifall.) Wir können beispielsweise Frankreich gegenüber, wenn das Saargebiet wieder zurückgegliedert ist, sagen, daß wir keine materiellen Forderungen mehr haben. Das ist kein unmögliches Verlangen, wo doch heute jeder Mann weiß, daß 95 bis 98 Prozent der Bevölkerung des Saarlandes sich zu uns bekennen. Wenn dieses unser Verlangen erfüllt wird, dann sind wir zufriedengestellt.

Die Staatsmänner hatten nicht den Mut, die Probleme zu erkennen, und sich mit ihnen verantwortungsvoll auseinanderzusetzen, sie beschäftigten sich nur damit, Deutschland zum Sündenbock zu stempeln.

Wir wollen eine wirkliche Lösung der europäischen Probleme. Bei dieser Lösung muß aber der Grundsatz herrschen, daß man auch die Lage der anderen verstehen will. Man muß dem anderen entgegenzukommen suchen, man muß ihm den Weg frei machen, daß er einen Vertrag, den er freiwillig unterschreibt, auch halten kann. Wenn man unsere Ehre antastet, muß man damit rechnen, daß wir gehen, und wir haben das getan. (Beifall.) Wenn die Welt nun geglaubt hat, wir würden nicht Ernst machen, so muß sie wissen, daß es jetzt in Deutschland anders ist. Wir blasen nicht die Kriegsfanfare, dazu sind wir viel zu verantwortungsvoll. Wir sagen, es geht gegen unsere Ehre, und wir tun das nicht, bis ihr uns unsere Ehre gegeben habt. (Beifall.)

Wenn das Ausland unsere Gleichberechtigung anerkennt, dann werden wir versuchen, zu einem Vertrage *zu kommen*, und wenn der Vertrag erträglich ist, werden wir *ihn unterschreiben*. Das allerdings muß jeder wissen:

Ein Vertrag, der die Unterschrift Adolf Hitlers trägt, trägt damit die Unterschrift des ganzen deutschen Volkes. (Großer Beifall.)

Das müssen wir auch jetzt mit aller Deutlichkeit sagen: so loyal wir in allen materiellen Fragen sind, so unerbittlich sind wir in den Fragen, die die Abrüstung betreffen.

Die Abrüstungskonferenz kann weiter tagen, denn die Konferenz heißt mit Recht „Abrüstungskonferenz". Da wir ja nun abgerüstet haben, haben wir doch dort eigentlich gar nichts mehr zu tun! (Großer Beifall.) Die anderen sollen jetzt abrüsten! (Beifall.)

Die Volksabstimmung am 12. November

Frankreich redet immer von der Sicherheit Frankreichs. Von der Sicherheit Deutschlands wird gar nicht geredet. Und deshalb haben wir das deutsche Volk zur Entscheidung aufgerufen. Nicht, als wenn wir uns nicht unseres Standpunktes sicher wären, sondern um vor der Welt unseren Standpunkt durch das Volk erhärten zu lassen. Wir sind kein säbelrasselndes Deutschland. Wir sind Nationalsozialisten. Wir haben uns leidenschaftlich unserem Volke verschworen, und wir tragen an einer sehr schweren Verantwortung vor den Massen. Wir haben es uns, als wir die Macht antraten, zum Vorsatz gemacht, Europa vor dem nächsten Kriege zu bewahren.

Um nun zu beweisen, daß diese Regierung mit ihrem Willen zum Frieden, ihrer Entschlossenheit zur Wahrung der Gleichberechtigung nicht allein steht, sondern daß das ganze Volk die Regierung dabei deckt, deshalb soll das deutsche Volk am 12. November sich zu dieser Politik bekennen. (Beifall.)

Die Welt sagt: Wir glauben das nicht! Am 12. November wird das Volk antreten und es beweisen! (Beifall.) Ich glaube, wir sind damit demokratischer als die Demokraten des Westens. Wir sind zwar ein autoritärer Staat, aber wir empfinden dabei keine Angst vor dem Volke. Wenn wir das deutsche Volk aufrufen und einen neuen Reichstag wählen lassen, so geschieht das nur deshalb, weil der alte Reichstag nicht mehr aktionsfähig ist, er ist nur noch ein Rumpfparlament. Wir wollen einen neuen Reichstag haben.

Friedens-Gelöbnis des Reichstags

Die neuen Abgeordneten sollen sich auf die Politik des Friedens und der Ehre eidlich verpflichten, sie sollen ein feierliches Gelöbnis ablegen, daß sie in der Politik hinter der Regierung stehen, daß dieses Parlament der Regierung keine Schwierigkeiten machen wird, wenn sie den Versuch unternimmt, Europa auf dem Boden der gleichen Rechte einen neuen und besseren Frieden zu geben. (Beifall.)

Und ich glaube, wir werden am 12. November bestehen, und das Ausland wird ein

überwältigendes Vertrauensbekenntnis des deutschen Volkes

zur Kenntnis nehmen müssen. Wir sind entschlossen, wenn diese Entscheidung gefallen ist, Europa seine Ruhe und Ordnung zurückzugeben. Die alten Parteigenossen müssen dafür sorgen, daß in diesem Wahlkampf nicht ein billiger Hurra-Patriotismus aufkommt, sondern daß das deutsche Volk den heiligen Ernst der Situation vollkommen erfaßt und auch den heiligen Ernst der Entschlüsse, die die Regierung im Namen des Volkes gefaßt hat. Es ist ein Kampf, wie wir ihn in alten Zeiten geführt haben. Die Partei wird wieder einmal die Trägerin eines großen Kampfes um

Recht, Freiheit und Gerechtigkeit

sein. Wenn die Partei sich ein Ziel gesetzt hat, dann hat sie dieses Ziel immer erreicht.

Nachdem wir in den letzten acht Monaten die inneren Feinde niedergeworfen haben, müssen wir nun auch großzügig sein und denen, die uns in diesen Monaten erkannt und schätzen gelernt haben, unsere versöhnende Hand hinstrecken. Ich bin überzeugt, daß dieser grandiose Kampf um unsere Ehre, um unsere Gleichberechtigung und um den Frieden der Welt, vor allem um den Frieden Europas nur von einem Deutschland bestanden werden kann, in dem alle eines Sinnes, eines Geistes, eines Willens und eines Herzens sind. Die ganze Nation muß sich zu diesem Standpunkt bekennen, es darf nicht eine Parteisache sein, sondern es muß Sache des ganzen Volkes sein.

Ich bin überzeugt, daß sich die ganze Nation feierlich zu unserer Politik bekennt.

Dann werden auch die Staatsmänner der anderen Völker allmählich einsehen, daß erstens der gegenwärtige Zustand in Deutschland eine feststehende Tatsache ist, an der nichts mehr geändert werden kann, und daß zweitens die Völker Europas es auf die Dauer nicht dulden können und dulden werden, daß die großen Probleme, die der Krieg aufgeworfen hat, ungelöst bleiben.

Damit, meine Parteigenossen, verläßt unsere Bewegung mit kühnem Schritt ihre innerpolitisch begrenzte Aufgabe und übernimmt eine

weltpolitische Mission

Mit kühnem Schritt treten wir nun auf das bisher unvertraute Gebiet der Weltpolitik. Mit einem Schlage ist der gordische Knoten zerhauen, und ganz Europa ist vor eine neue Situation gestellt. Mehr denn je sind wir jetzt verpflichtet, aus unserer Partei alle Aeußerlichkeiten zu entfernen. Wirklich ernste Menschen, die sich der Größe ihrer Aufgabe bewußt sind, Menschen, die wirklich die Absicht haben, ihre Namen in das Buch der Geschichte einzuschreiben, haben es gar nicht nötig, sich mit Aeußerlichkeiten zu umgeben. (Lebhafter Beifall.) **Es ist doch immer so gewesen, daß die wahre Größe einfach und bescheiden war, und daß die wahre Bescheidenheit auch immer groß war.**

Diese Tugenden, die den Führer beseelen, müssen die Partei bis zum letzten Mann beseelen. Wir haben im Führer das leuchtende Beispiel einer spartanischen Einfachheit. Er braucht sich nicht zu ändern; zu ihm schauen schon Millionen von gläubigen Menschen nicht nur in Deutschland sondern heute schon in der ganzen Welt empor. (Beifall.)

Das soll nicht heißen, daß wir nicht uns selbst etwas vergeben sollen, nein, bei aller Einfachheit, bei aller Schlichtheit können wir stolz auf das, was wir geleistet haben, und auf das, was wir noch leisten wollen, sein. Möge die Partei in Zukunft bleiben, wie sie in der Vergangenheit gewesen ist,

hart und unerbittlich in den Grundsätzen, stolz und mutig im Auftreten, aber dann auch wieder demütig und bescheiden vor der großen Aufgabe,

die sie lösen muß. Unser Ehrgeiz muß darin bestehen, den Beifall der Nachwelt zu finden. Wenn die Nachwelt von uns sagen kann, daß wir Europa vor dem Zerfall zurückgerissen haben und unserem Volke den Weg ins Freie gezeigt haben, dann, meine Parteigenossen, können wir stolz sein.

Deshalb bitte ich Sie, gläubig und ergeben auf Hitler und seine Getreuen zu vertrauen und davon überzeugt zu sein, daß wir das Volk niemals verlassen werden, daß wir keine Unbesonnenheiten begehen, sondern klar und unerbittlich unseren Weg beschreiten werden. Dann werden wir das Ziel, das am Ende des Weges steht, auch erreichen.

Am 12. November — das wollen wir uns zum Vorsatz machen — muß sich die ganze Nation zu Hitler und seiner Politik bekennen. Am 12. November darf es in Deutschland keine nennenswerte Opposition geben. Die ganze Welt soll sehen, daß an diesem Tage das ganze deutsche Volk einig ist. Gewiß ist diese Aufgabe schwer, aber ich sagte schon, gerade weil sie schwer ist, deshalb wollen wir sie lösen. Wir dürfen nicht hoffen, daß die Aufgabe, weil sie so schwer ist, von einem gelöst werden muß, der hinter uns kommt, sondern wir selbst müssen die Schwere auf unsere Schultern nehmen.

Das stolze Wort des Generals Clausewitz, das uns einmal die Meinung der breiten Massen im eigenen Lande geneigt machte, als wir in der Opposition standen, dieses stolze Wort des preußischen Generals Clausewitz wird auch heute die Meinung der Welt für uns gewinnen, das Wort, das der General an den Schluß seines politischen Testamentes setzte:

„Einst wird die Nachwelt richten, und sie wird von ihrem Verdammungsurteil die ausnehmen, welche dem Strom des Verfalls mutig entgegengerungen und das Gefühl der Pflicht in ihrem eigenen Busen bewahrt haben."

Tosender, langanhaltender Beifall folgte der Rede des Ministers und bekundete, daß alle Schichten des deutschen Volkes treu zu Adolf Hitler stehen.

Amerika und Rußland

Der Briefwechsel Roosevelt–Kalinin

Aus Moskau und Washington zugleich kommen Nachrichten, die für die weltpolitische Entwicklung von unabsehbarer Tragweite sind. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Roosevelt, hat dem russischen Präsidenten Kalinin ein Schreiben zugehen lassen, mit dem er Rußland zu „freimütigen und freundschaftlichen Aussprachen" einlädt. Es ist Amerikas Wunsch, „die gegenwärtigen unnormalen Beziehungen zwischen dem 125-Millionen-Volk der Vereinigten Staaten und dem 160-Millionen-Volk Rußlands zu beenden".

Roosevelt bedauert, daß die beiden Völker, die durch eine mehr als hundertjährige Freundschaftstradition verbunden waren, gegenwärtig völlig ohne jede Verbindung sind.

Er bezeichnet diesen Zustand als unnormal und unpraktisch und ergreift daher die Initiative, zu einer Konferenz einzuladen, in der die Brücke von Amerika nach Rußland wiederhergestellt werden soll.

Der Chef der russischen Regierung und des Sowjetstaatswesens, Kalinin, hat in seiner Antwort der Freude Ausdruck gegeben, daß Amerika nun ebenfalls wie Rußland „einen Zustand für höchst unnormal und beklagenswert ansieht, der während der letzten 16 Jahre zwei große Republiken die üblichen Methoden des Verkehrs entbehren ließ und sie der Vorteile beraubte, die solch ein Verkehr geben könnte".

Rußland hat die Einladung Roosevelts zu einer Konferenz nach Washington angenommen. Roosevelt wird die Verhandlungen mit Litwinow selbst führen.

•

Anerkennung der Sowjetunion durch die Vereinigten Staaten schon Anfang Dezember?

— **Moskau,** 22. Oktober. Nach einer russischen Mitteilung aus Washington sollen die Verhandlungen über die Anerkennung Rußlands durch die Vereinigten Staaten im Laufe der nächsten drei Wochen zum Abschluß gebracht werden, so daß die Anerkennung Anfang Dezember durch den amerikanischen Kongreß bestätigt werden könne. Russischerseits wird erklärt, daß Rußland von Amerika bereits ein Angebot auf Warenkredite in Höhe von 100 Millionen Dollar erhalten habe.

•

Weltpolitische Hintergründe.

Riesige russische Aufträge für die Vereinigten Staaten.

— **Washington,** 22 .Oktober. In politischen Kreisen erwartet man auf Grund von bisher allerdings noch nicht amtlichen Meldungen aus der Sowjetunion in Kürze russische Aufträge über Stahlwaren und Eisenbahnmaterial im Betrage von 400 Mill. Dollar, Rohbaumwolle im Betrage von 50 Mill. Dollar, Wollwaren und Tuche über 30 Mill. Dollar und lebendes Vieh über 20 Mill. Dollar.

Die iLeferungen sollen von der Finanzrekonstruktionsgesellschaft und privaten Bankiers finanziert werden. Die Sowjetunion verlangt für alle Aufträge einen Kredit in Höhe von 50 v. H. der Auftragssumme bei fünfjähriger Zahlungsfrist.

Regierungskriese in Frankreich.

Opposition gegen die neuen Finanzgesetze.

Paris, 23. Oktober.

Heute nachmittag beginnt vor dem Plenum der Kammer die Diskussion über die französischen Finanzsanierungsgesetze der Regierung Daladier. Die Lage für das Kabinett ist keineswegs gesichert. Daladier hat sich selber wiederholt als den Ministerpräsidenten bezeichnet, der nicht die Inflation machen wird. Er hat erst gestern noch vor seinen Parteifreunden auf die Spekulationsgefahr hingewiesen und darauf, daß ein Goldabfluß aus der Bank von Frankreich festzustellen sei.

Aber die Intrigen des Parlamentarismus dauern an. Der rechte Flügel der Mehrheit der Regierung Daladier, die radikale Linke, hat mit Stimmenmehrheit beschlossen, gegen die Finanzgesetze Daladiers zu stimmen und zwar aus dem Wunsch heraus, daß möglichst bald eine von den Sozialisten befreite Konzentrationsregierung gebildet werde.

Auf dem linken Flügel kann Daladier die Unterstützung der Stimmen der Sozialisten mit seinem gegenwärtigen Entwurf nicht erwarten. Die Sozialisten, von den Beamtengewerkschaften beeinflußt, wollen keine Kürzung der Gehälter, sondern nur eine gestaffelte Krisensteuer der oberen Beamten ohne Belastung der kleinen Gehälter. Nun ist aber die Haltung der Sozialisten auch wiederum nicht einheitlich. Denn die sogenannten Neu-Sozialisten würden Daladier die Treue halten. Aber ihre Stimmen dürften nicht genügen, um die Stellung des Kabinetts Daladier unantastbar zu machen. Die radikale Kammerfraktion hat, durch den Bericht Daladiers über die Finanzlage beeindruckt in einer Entschließung beschlossen, einhellig für die Regierung und für die Finanzgesetze zu stimmen.

Wirtschaftsfrieden

Erlaß des Reichsarbeitsministers und des Reichswirtschaftsministers.

Der Reichsarbeitsminister und der Reichswirtschaftsminister teilen im Einvernehmen mit dem preußischen Minister des Innern mit: Es werden der Regierung noch immer Fälle gemeldet, in denen unberufene Kreise in Verhältnisse der einzelnen Betriebe eingreifen, indem sie auf die Zusammensetzung der Belegschaft, auf die Entlassung von sogenannten Doppelverdienern und dergleichen Einfluß zu gewinnen versuchen. Es ist sogar vorgekommen, daß außerbetriebliche Stellen wie Fachschaftswarte oder Verbandsangestellte an Unternehmer ihres Bezirkes das Ansinnen stellten, von ihrer Zustimmung die Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern abhängig zu machen. Schließlich haben sich an einzelnen Orten Büros aufgetan, die den Anspruch erheben, als Schiedsstellen oder Schlichtungsausschüsse über Maßnahmen innerhalb eines Betriebes Entscheidungen zu fällen.

Die Reichsregierung hat mehrfach betont, daß derartige Eingriffe in die Wirtschaft nicht mehr länger geduldet werden können. Wenn ihr derartige Fälle mitgeteilt werden, wird sie in Zusammenarbeit mit den zuständigen Polizeiorganen die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung des gesetzlichen Zustandes treffen. Darüber hinaus stellt sie fest, daß kein Betriebsführer verpflichtet ist, Vorladungen und Anordnungen von Stellen, die nicht durch Gesetz oder durch die Regierung dazu berufen sind, Folge zu leisten. Kreise, die unerlaubte Zumutungen unter Anwendung von Druckmitteln stellen, müssen gewärtigen, wegen Anmaßung von Amtsbefugnissen oder Störungen des Wirtschaftsfriedens zur Rechenschaft [illegible] zu werden.

Austritts-Note überreicht

Ausscheiden Deutschlands auch aus der Internationalen Arbeitsorganisation

In Durchführung der Entscheidung der Reichsregierung hat nunmehr der deutsche Konsul in Genf, Dr. Krauel, dem Generalsekretär des Völkerbundes die Note übergeben, mit der der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund angemeldet wird. Der Austritt gilt auch für die Internationale Arbeitsorganisation. Die Note lautet:

Berlin, den 19. Oktober 1933.

Herr Generalsekretär!

Namens der deutschen Regierung beehre ich mich Ihnen mitzuteilen, daß Deutschland hiermit seinen Austritt aus dem Völkerbund gemäß Artikel 1 Absatz 3 der Satzung erklärt.

Genehmigen Sie, Herr Generalsekretär, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Gez. Freiherr von Neurath.

Gleichzeitig hat der deutsche Untergeneralsekretär, Staatssekretär z. D. Dr. Trendelenburg, bestehender Uebung gemäß, seinen Rücktritt erklärt.

Obwohl der Schritt des deutschen Vertreters in Genf beim Generalsekretär des Völkerbundes nur noch die formelle Bestätigung einer bereits bekannten Tatsache, hat er in den Genfer internationalen Kreisen stärksten Eindruck gemacht. Mit großem Interesse wurde die Tatsache vermerkt, daß nun Deutschland auch aus der Internationalen Arbeitsorganisation ausscheidet. Bei der am heutigen Montag beginnenden Herbsttagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes wird Deutschland also nicht mehr vertreten sein.

Auch diejenigen deutschen Beamten, die eine lediglich technische Funktion haben und deren Arbeit unabhängig von der Zugehörigkeit Deutschlands zur Genfer Institution erfolgte, haben schon den Wunsch geäußert, gleichfalls zu dem vertraglich nächstmöglichen Termin ihre Tätigkeit in Genf einzustellen.

•

Genf antwortet Neurath

Genf, 23. Oktober.

Die Antwort des Generalsekretärs des Völkerbundes Avenol auf die im Völkerbundssekretariat überreichte Note des deutschen Reichsaußenministers Freiherrn von Neurath lautet:

„Ich habe die Ehre, den Eingang des Briefes zu bestätigen, den Sie an mich am 19. Oktober im Namen der Deutschen Regierung gerichtet haben und aus dem hervorgeht, daß Deutschland die Vorankündigung des Austrittes aus dem Völkerbund gibt, der im Artikel 1 Absatz 3 des Paktes vorgesehen ist, der folgendermaßen lautet: „Jedes Bundesmitglied kann nach zweijähriger Kündigung aus dem Bund austreten, vorausgesetzt, daß es zu dieser Zeit alle seine internationalen Verpflichtungen, einschließlich derjenigen aus der gegenwärtigen Satzung erfüllt hat."

Ich werde nicht verfehlen, den Mitgliedern des Völkerbundes unverzüglich den besagten Brief sowie die vorliegende Antwort mitzuteilen.

Genehmigen Sie usw...."

Der Generalsekretär
gez. i. A. Avenol.

„Hitler hat Recht!"

Bemerkenswerte französische Stimme gegen den Völkerbund.

— **Paris**, 22. Oktober. In der politisch-literarischen Wochenzeitschrift „Je suis partout", deren Tendenz als republikanisch-national angesprochen werden kann, heißt es in einem den letzten internationalen Ereignissen gewidmeten Artikel unter der Ueberschrift „Hitler hat Recht", der Völkerbund sei nichts weiter, als eine von Hypokriten (Heuchlern) geleitete Scheineinrichtung, die in Europa einen Herd ständiger Intrigen und Verwicklungen bilde. Hitler habe dieses hypokritische System nicht gewollt. Das Blatt ironisiert dann den Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz Henderson, der am Tage des Austritts Deutschlands aus dem Völkerbund in der „Dépêche de Toulouse" einen Artikel veröffentlichte, in dem er die Genfer Atmosphäre für den Abschluß eines Abrüstungsabkommens als sehr günstig bezeichnete. Henderson, so schreibt das Blatt, habe damit einen Beweis seines Scharfblichs abgelegt und würde besser tun, in Kaffeesatz orakeln zu lernen. Deutschland verachte einen kümmerlichen und kriecherischen Lügner, es habe aber Achtung vor dem entschlossenen und ruhigen Feind. Aus der Rede des Reichskanzlers gehe ausdrücklich seine Achtung vor der französischen Armee hervor. Er versuche zu den Franzosen von Verdun und von der Marne zu sprechen, verachte aber die französischen Parlamentarier und Mitglieder des Völkerbundes. Hieraus ergebe sich, daß Frankreich sich mit dem Führer an einen Verhandlungstisch setzen könne, wenn es eine wahre Regierung hätte, eine Regierung, die nicht der Ausdruck von zerbrechlichen Parteien sei, sondern ein nationales Regime, hinter dem das ganze Land stehe.

Der Parlamentarismus könne eine dauernde Verständigung mit Deutschland herbeiführen, weil er keine gerade außenpolitische Linie verfolgen könne. Nur ein französischer Nationalismus könne mit dem deutschen Nationalismus Frieden schließen, weil er in die Verhandlungen weder Voreingenommenheit noch Haß oder Rachsucht tragen würde, sondern im Gegenteil Aufmerksamkeit, guten Willen und in gewissen Punkten sogar Sympathie.

Für einen Frieden der Ehre und Gerechtigkeit.

Mussolini spricht vor 32 000 Faschisten.

— **Rom**, 22. Oktober. An die auf der Piazza Venezia in Rom versammelten ihm huldigen 32 000 Faschisten aus Florenz hielt Mussolini eine bedeutsame Ansprache, in der er zunächst ankündigte, daß die Revolutionsausstellung auch am 21. April nicht geschlossen werde, sondern eine dauernde Einrichtung bleibe, gleichsam als heiliger Tempel, zu dem die kommenden Generationen pilgern.

Vor euch, so fuhr er fort, will ich in der entschiedensten Art die historische Priorität der faschistischen Bewegung und die unverwischbare Originalität unserer Lehre betonen. Wir sind immer noch Bewegung, nicht Partei. Die Revolution ist nicht abgeschlossen, weil sie — ein Element ihrer Originalität — eine fortdauernde Zeugung unseres Geistes und unserer Kampflust ist. Die ersten elf Jahre des Regimes sind die Zeit der Werke des frischen und täglichen Aufbaues. Wird es auch die Zeit des Friedens sein? Das hängt nicht nur von uns ab. Wir haben in der festesten, klarsten und aufrichtigsten Weise gezeigt, daß wir den Frieden wünschen, aber mit Ehre und Gerechtigkeit für alle. Der Friede mit Ehre und Gerechtigkeit ist der römische Friede, der die Jahrhunderte des Imperiums beherrschte, deren gewaltige Spuren ihr hier um euch seht. Ein Frieden im Einklang mit dem Charakter und dem Temperament unserer lateinischen und Mittelmeerrasse, die ich vor euch verherrlichen will, weil sie der Welt neben tausend anderen einen Cäsar, Dante, Michelangelo, Napoleon schenkte.

3 851 000 Arbeitslose

Die saisonmäßigen Zugänge nahezu ausgeglichen.

Berlin, 23. Oktober.

Am 15. Oktober wurden bei den Arbeitsämtern rund 3 851 000 Arbeitslose gezählt. Damit ist der Stand vom Ende des Vormonats im wesentlichen gehalten. Während im Vorjahre in der entsprechenden Berichtsspanne rund 48 000 Arbeitslose in Zugang gekommen sind, ist es in diesem Jahre gelungen, die saisonmäßigen Zugänge bis auf einen geringen Rest von 1700 auszugleichen.

Mit der bisher erreichten Unterschreitung der Viermillionengrenze dürfte der erste Abschnitt des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit im wesentlichen abgeschlossen sein. Rund sechs Millionen Arbeitslosen im Februar 1933 stehen rund 3,85 Millionen am 15. Oktober bei den Arbeitsämtern gegenüber. Kamen Ende Februar noch 96,2 bei den Arbeitsämtern eingetragene Arbeitslose auf 1000 Einwohner, so Mitte Oktober nur noch 61,7.

Beschäftigungsziffer der Krankenkassen

Ergänzt und bestätigt werden diese aus der Arbeitsmarktstatistik abzulesenden Erfolge durch die Krankenkassenmitgliederstatistik. Der September brachte eine weitere Zunahme der Beschäftigten um 206 256 gegen knapp 80 000 im Vorjahre. 13 922 000 Männer und Frauen werden am Ende dieses Abschnittes als Schaffende ausgewiesen gegen 11 487 000 zur Zeit des Tiefstandes Ende Januar 1933. Bei einer Gesamtzunahme um 2 435 000 im ersten Abschnitt der Arbeitsschlacht ist die Beschäftigtenziffer um über eine Viertelmillion stärker gestiegen als die Zahl der bei den Arbeitsämtern gezählten Arbeitslosen gefallen ist.

Es ist also gelungen, auch aus dem Kreis der unsichtbaren Arbeitslosigkeit zahlreichen bei den Arbeitsämtern nicht gemeldeten Volksgenossen Erwerb durch Arbeit zu geben.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung beträgt rund 308 000, die Zahl der Krisenunterstützungsempfänger 1 088 000. Der Bestand an Wohlfahrtserwerbslosen wird Mitte des Monats nicht ausgezählt. Ab September wurden rund 233 000 Notstandarbeiter gegen 88 000 am gleichen Stichtage des Vorjahres gezählt.

Neues Schandurteil in Oesterreich

Klagenfurt, 23. Oktober.

Die Polizei hat den verhafteten Prinzen Bernhard von Sachsen-Meiningen zu einer Arreststrafe in der Dauer von sechs Wochen „wegen verbotener politischer Betätigung" verurteilt. Ueber die Gattin des Prinzen, Margot, wurde der Zwangsaufenthalt verhängt. Sie darf auf unbestimmte Zeit ihren Wohnsitz, das Schloß Pitzelstetten, nicht verlassen. Sie wird ständig von Kriminalbeamten überwacht.

Politisches Attentat in Lemberg

Lemberg, 23. Oktober.

Gegen Beamte des sowjetrussischen Konsulats wurde ein Anschlag verübt. Ein Ukrainer tötete einen der Beamten durch Revolverschüsse und verwundete einen zweiten schwer. Der Mörder ist Mitglied der ukrainischen Terrororganisation.

Handwerker-Festzug in Berlin

100 000 Festteilnehmer.

Berlin, 23. Oktober.

Wie die Werbewoche des Berliner Handwerks mit der Kundgebung am vergangenen Sonntag im Stadion wuchtig begonnen hatte, so wurde sie mit einem Riesenfestzug glanzvoll beendet.

Begünstigt von prächtigem Wetter marschierten in sieben gewaltigen Zügen mit 82 Handwerkergruppen die 100 000 Festteilnehmer mit Musikkapellen, Bannern, Fahnen, Wimpeln und ihren traditionellen Handwerkszeichen von den Sammelplätzen aus nach der Charlottenburger Chaussee, wo sie sich einordneten, um dann gemeinsam weiter durch die Straßen der Reichshauptstadt zu ziehen, die ein festliches Gewand angelegt hatten. Volksgenossen hielten in ungeheuren Massen die Bürgersteige der Umzugsstraßen besetzt.

An dem bunten und fesselnden Festzug nahmen etwa 100 prächtig geschmückte Wagen teil. Die Gesamtlänge des Zuges betrug 12 Kilometer. Sein Vorübermarsch dauerte etwa vier Stunden.

Ständiger Ausschuß aufgehoben

Berlin, 23. Oktober.

Durch die zugleich mit der Auflösung des Reichstages erfolgte Auflösung der Landtage hat die Reichsregierung dem Willen Ausdruck gegeben, bis zu einer anderweitigen Regelung Einrichtungen des Landtages nicht in Erscheinung treten zu lassen. Das preußische Staatsministerium hat daher, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, ein Gesetz erlassen, wonach die Einrichtung des Ständigen Ausschusses des Preußischen Landtages aufgehoben wird.

Ferner hat das preußische Staatsministerium ein Gesetz über das Freifahrtrecht und den Fortfall der Aufwandsentschädigung der Mitglieder des Preußischen Landtages beschlossen. Danach endet das Freifahrtrecht der dem Landtag während seiner fünften Wahlperiode angehörenden Mitglieder mit dem Ablauf des achten Tages nach der Neuwahl des Reichstages. Die Aufwandsentschädigung wird bis zum Tage der Neuwahl des Reichstages gezahlt. Der Präsident des Landtages wickelt die Geschäfte des Landtages ab. Bis zur Beendigung der Abwicklung bleibt seine Amtsstellung unberührt.

Bethel.

— Am Mittwoch, den 25. Oktober, um 20 Uhr spricht Kreisleiter Dr. Löhr im großen Saal des Assapheums über das Winterhilfswerk. Alle gesunden Gemeindeglieder sind herzlich willkommen. Der Eintritt ist frei.

Post-Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Exemplar des „Aufwärts".

Für Monat ..... 193 . Der Bezugspreis wolle von mir erhoben werden. Ich wünsche die Zeitung zugestellt zu erhalten*). Ich werde die Zeitung abholen*).

Name .....

Stand .....

Wohnort .....

Straße und Hausnummer .....

An das Postamt .....

Diesen Zettel in den Briefkasten werfen, dem Briefträger übergeben, oder an die Geschäftsstelle Bethel bei Bielefeld einsenden. Der Bezugspreis beträgt monatlich RM 1.25 und 36 Pfg. Bestellgeld.

*) Nichtzutreffendes streichen.

Wiesbaden Evangelisches Hospiz, Oranienstraße 53
Zimmer mit und ohne Verpflegung. Mäßige Preise.

Obstbäume, Beerensträucher
beste Sorten
Rosen u. Stauden in guter Auswahl
Blumenzwiebeln, Erdbeerpflanzen
Dahlien, Knollengewächse
Ziersträucher, Heckenpflanzen
Nadelgehölze, Schlingpflanzen
Preisliste gern auf Wunsch
und sonstige **Gartenartikel** bietet an die
Gärtnerei der Anstalt Bethel
bei Bielefeld

KAFFEE
nur gute handverlesene Qualitätsware
täglich frisch, aus erster **Großrösterei**
DREI Beispiele: Guatemala-Mischg. Mk. 2.08 · Costa-Rico-Guatem. Mk. 2.28 · Columbia m. Maragog. Mk. 2.42
Probesendungen je 1 Pfd. Mk. zusammen 6.70 franko geg. Nachn.
durch **Viktor Erdmenger, Löhne i. Westf. 19**

Frl. Waise, 29 Jahre, in Küche, Haushalt und Nähen durchaus erfahren, sucht selbständigen
Wirkungskreis
als Haushälterin in ruhigem, christl. Hause. Gute Zeugnisse. Gehalt Nebensache. Höhenlage bevorzugt. Angebote unter A 3581 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Bohnerwachs
hochglänzend und trittfest, sparsam im Verbrauch 10-Pfd.-Eimer Mk. 5.— franko
Wilh. Scholz, Hamburg 36, Fach 261 A.

Gelegenheitskäufe!
Konzert-Piano (Rönisch) selten schönes Instrument, **Steinweg-Flügel** sehr billig, **Mörigel-Harmonium** ausnahmsweise preiswert, **Gebrauchte Pianos** m. voller Garantie, tadellos hergerichtet ab M. 300.—, **Neue Pianos** eig. Fabrikation ab M. 750.—
Festing, Pianofortefabrik, Bielefeld, Arndtstraße 2a.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.